



# Sudetendeutsche Zeitung

Die Zeitung der Sudetendeutschen Landsmannschaft

Reichenberger Zeitung <sup>157. Jahrgang</sup>

HEIMATBOTE

Heimatruf

VOLKSBOOTE

Jahrgang 70 | Folge 6 | 2,80 EUR · 75 CZK | München, 9. Februar 2018

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt  
Sudetendeutsche Verlagsgesellschaft mbH · Hochstraße 8 · D-81669 München · eMail [zeitung@sudeten.de](mailto:zeitung@sudeten.de)

B 6543

> Gibt es eine Basis für eine neue Regierung in Prag?

## Europa als Schreckgespenst

In den Diskussionen über den zweiten Versuch einer Regierungsbildung in Prag spielen plötzlich ganz merkwürdige Argumente eine Rolle. Andrej Babiš mit seiner Bewegung ANO sucht Koalitionspartner. Die Frage steht im Raum, mit wem er koalieren kann, die demokratischen Parteien zieren sich, und die Konstitution des im Oktober gewählten Parlaments kam zustande mit der Unterstützung von Parteien, die kaum als demokratisch bezeichnet werden können wie der Kommunistische Partei (KSČM) und der Partei der direkten Demokratie (SPD) von Tomio Okamura.



Der geschäftsführende tschechische Premier Andrej Babiš.

Über diese Ausgestaltung der tschechischen Demokratie entwickelt sich eine Debatte. Okamura, der immer wieder brisante Vorschläge in die Debatte wirft, bereitet nun in der Abgeordnetenkammer einen Gesetzentwurf vor, mit dem – so plakativ betont er es immer wieder – der Austritt aus der EU eingeleitet werden soll. Die Tschechische Republik hat nämlich ein Problem: Die fast inhaltslosen Sprüche über die EU („Das sind die da in Brüssel“) und die Souveränität („Wir armen Tschechen, unterdrückt von der EU) werden nach Tageslaune formuliert und ohne Rücksicht darauf, was ein Austritt nach sich zöge.

### Blick von außen

Dies alles weiß Andrej Babiš, der sich des internationalen Zusammenhangs bewußt ist und Besuche in Bayern und Österreich plant. Und der, obwohl er sein Eigentum gerade einem Treuhandfonds anvertraut hat, genau weiß, wie viel von seinem Konzern in Deutschland beheimatet ist. Er weiß, daß vor allem das wirtschaftliche Wirken, etwa in Halle, zu seinem guten Ruf dort wesentlich beiträgt – für ihn ist ein Austritt aus der EU ein naiver und populistischer Aspekt der Debatte. Darüber kann er sich mit Vertretern der EU sicher gut unterhalten. Und er hat Außenwirkung, da er mehrere Sprachen beherrscht – bisher waren Sprachkenntnisse bei vielen tschechischen Politikern auf

der internationalen Szene Mangelware.

### Neuwahl als Drohung

Politiker seiner Bewegung ANO stellten vor wenigen Tagen eine leise Drohung in den Raum: „Wir könnten für September auch Neuwahlen ansetzen!“ Die öffentliche Meinung und die Ergebnisse von Umfragen zeigen, daß ANO trotz der Probleme bei der Regierungsbildung nicht verliert – im Gegenteil. Die Sozialdemokraten würden fünf Prozent zulegen, TOP09 dagegen wäre draußen. Eine Neuwahl könnte ähnlich ausgehen wie die letzte Wahl, aber kleine Änderungen könnten dennoch neue Koalitionsmöglichkeiten eröffnen. ANO kann also auch mit dem Neuwahlargument operieren, ohne eigene Verluste zu befürchten.

### Unzureichende bürgerliche Bildung

Die öffentliche Meinung in der Tschechischen Republik unterliegt mehreren propagandistischen Aktivitäten. Menschen wie Tomio Okamura versprechen meist einfache Maßnahmen und schnelle Ergebnisse. „Raus aus der EU, und die Sonne geht auf.“ Okamura bezieht sich dabei teilweise auf die japanischen Vorstellungen von der politischen Morgenröte. Die Wissensbasis über historische Abläufe, die im Geschichtsunterricht der Schulen vermittelt werden sollte, ist dünn, da die Reform der Lehrpläne nach 1989 bislang halbherzig war. Außerdem argumentieren die Politiker kurzatmig, und ihre Argumente können am nächsten Tag denen des Vortages durchaus widersprechen. Auch die letzten Wahlkampftage des altneuen Staatspräsidenten Miloš Zeman gingen von unkritischen Positionen der tschechischen Öffentlichkeit aus. Jemanden – auch wahrheitswidrig – als Flüchtlingsfreund zu bezeichnen, wirkt sofort.

### Immer wieder

Die Volksabstimmung über den Beitritt zur EU fand vor diesem statt. Nun, einige Jahre später, Bitte umblättern



Großer Einsatz für die Renovierung und Rettung des gemeinsamen Kulturerbes: Das Seminar „Spuren deutscher Geschichte in der Tschechischen Republik“ am Wochenende in der sudetendeutschen Bildungs- und Begegnungstätte „Der Heiligenhof“ in Bad Kissingen war mit 80 Teilnehmern überaus gut besucht. Mitglieder des Sudetendeutschen Heimatrates und an der Thematik interessierte Sudetendeutsche informierten über zahlreiche Initiativen für den Erhalt der sudetendeutschen Kulturgüter und lösten rege Mitarbeit aus. Friedhöfe und die Rettung sakraler Baudenkmale, die über Land und Leute und das Zusammenleben von Sudetendeutschen und Tschechen erzählen, sowie der Zugang der jungen Generationen zur Geschichte bildeten den Schwerpunkt. Deutsch-tschechische Zusammenarbeit funktioniert ohne größere Probleme. Das gemeinsame Interesse am Erhalt des immateriellen Kulturerbes kam bei den hochmotivierten Seminarteilnehmern sowie den deutschen und tschechischen Referenten zum Ausdruck. Volksgruppensprecher Bernd Posselt und der Vorsitzende des Sudetendeutschen Heimatrates, Franz Longin, würdigten in ihren Grußworten das herausragende und völkerverbindende Engagement aller Beteiligten für den Erhalt und die Weiterentwicklung des kulturellen Erbes. Ein Bericht folgt. Bild: Manfred Gischler

> Kulturminister a. D. Daniel Herman diskutierte in Berlin

## Christliche Solidarität bleibt wichtig

Schon für den Montag nach der tschechischen Präsidentenwahl hatte die Katholische Akademie Berlin zu einer Bestandsaufnahme mit dem erst vor kurzem aus dem Amt geschiedenen tschechischen Kulturminister Daniel Herman, dem Deutschland-Korrespondenten des Tschechischen Rundfunks, Pavel Polák, und der Moderatorin Anneke Hudalla von der Europäischen Akademie Berlin, die 2001 über „Die Europapolitik der Tschechischen Republik“ promovierte, eingeladen.



Das Podium mit Daniel Herman, Dr. Anneke Hudalla und Pavel Polák. Bild: Ulrich Miksch

Der Akademieabend stand unter der Überschrift „In der Spannung zwischen Ost und West? Der Platz der Tschechischen Republik in Europa“ und wurde maßgeblich von der Akkermann-Gemeinde mitorganisiert, so daß Matthias Dörr, ihr Bundesgeschäftsführer, unter den Augen des Tschechischen Botschafters in Deutschland, Tomáš Podivínský, auch die Eröffnungsworte sprach. Dörr stellte die Teilnehmer der Diskussion vor und wartete bei Pavel Polák mit einem interessanten Detail auf: Der habe seine Korrespondentenstelle nämlich auf ungewöhnliche Weise angetreten. Er habe sich nur langsam der deutschen Hauptstadt genähert, sei von der sächsisch-böhmischen Grenze bis nach Berlin geradelt, habe am Wegesrand alltägliche Geschichten jenseits der großen Politik aufgesammelt, bevor er diese erst einmal ausgesparte nationale Politik seit 2014 den tschechischen Hörern näherbringe. Die Eingangsworte von Daniel Herman, der aus Budweis stammt

und in seiner Familie deutsch-jüdische und „bourgeoise“ Vorfahren hat, was ihn schon früh die Ermordung der Juden unter der NS-Besatzung, das Vertreibungsschicksal der Sudetendeutschen und die Verfolgung durch die Kommunisten erfahren ließ, bezog sich auf die Geschichte seines Landes. Dabei landete er in einem atemberaubenden Tempo von 790 nach Christus, dem ersten Kapellenbau im mährischen Modra und weiteren, vor allem christlichen, Ursprungsdaten beim 17. November 1989, dem Beginn der Samtenen Revolution.

Herman verwies auf die Heiligsprechung der Agnes von Böhmen am 12. November 1989, der nach einer mittelalterlichen Legende „gute Zeiten für Böhmen“ folgen sollten. So sei es dann mit dem Weggang der Kommunisten von der Macht auch gekommen. Böhmen, Mähren und Schlesien hätten immer eine Brückenfunktion in Europa gehabt. Und dieses Mitteleuropa, dem die Tschechische Republik angehöre, sei zwar in der Ausdehnung umstritten, aber eben wichtig – wobei er scherzhaft sagte: „Mitteleuropa ist da, wo Statuen des Hei-

ligen Johannes Nepomuk auf einer Brücke stehen.“

Dann begann die Diskussion über die Präsidentenwahl, die knapp für den Amtsinhaber Miloš Zeman ausgegangen war, und über die aktuelle politische Lage. Herman versuchte eine Erklärung für die Entscheidung dieser knappen Mehrheit. Zeman sei für seine Wähler eben „ein Mann von uns, für uns, für die einfachen Menschen“. Dieser Gedanke habe wohl die Oberhand gewonnen gegenüber dem früheren Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, Jiří Drahoš, der vielleicht ein wenig abgehoben gewirkt habe.

Pavel Polák beklagte die Entscheidung, den Präsidenten direkt wählen zu müssen, ohne ihm wirkliche Kompetenzen gegeben zu haben. Anneke Hudalla wies auf die ewigen Versuche Zemans hin, in seiner Amtsausübung die Verfassung auszureizen oder gar zu überschreiten. Zu Andrej Babiš, dem neuen Premier immer noch ohne parlamentarische Mehrheit, einer weiteren Frucht eher populistischer Bewegungen, sagte Herman, er habe mit ihm in vier Jahren Koalitionsregierung gut zusammen-

gearbeitet. Aber Babiš habe eben auch vor den Wahlen öfters Leute in Kneipen zu Wahlkampfveranstaltungen eingeladen und die Zechen bezahlt. Das sei wohl populistisch; dergleichen habe seine Partei, die christdemokratische KDU-ČSL, nie geplant oder getan. Polák wies darauf hin, daß trotz aller Korruptionsvorwürfe Babiš und seine ANO gewählt worden seien, was man nur so erklären könne, daß die alten Parteien keine Bindungskraft mehr entfalten. In den letzten Jahren seien etliche Bewegungen, allerdings meist kurzlebig, entstanden, die auch Wahlerfolge gehabt hätten.

Dann widmete sich die Diskussion der Frage, inwieweit die Tschechische Republik Polen und Ungarn nacheifere. Dies verneinten beide Diskutanten vorsichtig. Herman verwies auf die parlamentarische Tradition. Schon in den 1860er Jahren habe es in der Habsburger-Monarchie Parlamentarismus gegeben, an die die erste Tschechoslowakische Republik angeknüpft habe. Und auch im Prager Frühling habe man daran angeschlossen. Also sei die gegenwärtige Struktur kein Einzelfall, sondern habe eine gewisse Verankerung. Herman: „Wir haben eine tiefe demokratische Tradition.“

Polák erinnerte aber auch an die „tschechische Seele“, die nicht so genau wisse, wohin sie gehöre. Nach Ost oder West? Der Reflex, in der Habsburger-Monarchie untergebuttet zu werden, habe sich auf Brüssel übertragen, wo man sich als ebenso klein und unbedeutend wahrnehme. Herman antwortete darauf mit den Bitte umblättern

### Sonntagsfrage

Eine aktuelle Umfrage der Agentur CVVM „Wenn in der Tschechischen Republik jetzt eine Parlamentswahl stattfände...“ ergab folgendes Meinungsbild:

ANO 30,5 (Parlamentswahl Oktober 2017: 29,6) Prozent, ČSSD 12,5 (7,3), Piraten 12,5 (10,8), ODS 12,0 (11,3), KSČM 8,0 (7,8), SPD (Okamura) 7,5 (10,6), KDU-ČSL 5,0 (5,8) Prozent.

Demnach wären nicht mehr im Parlament vertreten TOP 09 mit 4,0 (5,3) Prozent, STAN (Bürgermeister/Unabhängige) mit 3,0 (5,2) Prozent.